

**BEGRÜNDUNG  
ZUM BEBAUUNGSPLAN IZ 194.1  
BUSENDHALTESTELLE ITZUM**

**1. Allgemeines**

**1.1 Lage des Plangebiets**

Das Plangebiet befindet sich in unmittelbarer Nähe zum östlichen Ortseingang von Itzum. Es umfaßt einen Teil der nördlich der L 499 gelegenen Ackerflächen.

**1.2 Vorhandene Nutzung, Nachbarschaft**

Die im Geltungsbereich des Bebauungsplans befindlichen sowie die nördlich angrenzenden Grundstücksflächen werden derzeit landwirtschaftlich genutzt. Nach Osten, nach Süden sowie nach Westen schließen sich Verkehrsflächen an das Plangebiet an. Etwas weiter westlich markiert die dort vorhandene Wohnbebauung den Abschluß der besiedelten Flächen Itzums zur freien Landschaft.

**1.3 Eigentumsverhältnisse**

Die vom Plangebiet erfaßten Grundstücksflächen sind ausschließlich Privateigentum.

**1.4 Darstellung im Flächennutzungsplan**

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan der Stadt Hildesheim ist das Plangebiet als Fläche für die Landwirtschaft dargestellt.

Der Bebauungsplan setzt im wesentlichen Verkehrsflächen fest. Mit dieser Festsetzung wird die Möglichkeit geschaffen, die im Süden an das Plangebiet direkt angrenzenden und im Flächennutzungsplan als Hauptverkehrsstraße dargestellten Flächen der L 499 den heutigen Erfordernissen anzupassen.

Durch die Überplanung wird nur ein geringer Teil der landwirtschaftlichen Flächen in Anspruch genommen. Da die Festsetzung der Busendhaltestelle letztlich nur eine relativ geringfügige Erweiterung der vorhandenen Verkehrsflächen zur Folge hat, bleibt die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung in ihren Grundzügen unberührt. Das Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) steht somit dieser Planung nicht entgegen.

## **2. Städtebauliche Zielsetzung**

Im Rahmen der Besiedlung der Flächen zwischen dem alten Ortskern von Itzum und der Marienburger Höhe ist mit dem starken Anwachsen der Wohnbevölkerung in diesem Bereich auch eine vermehrte Nachfrage nach verbesserten Busverbindungen entstanden. Daher soll der bestehende Busverkehr zwischen Itzum und der Innenstadt künftig verdichtet werden. Gleichzeitig soll die Möglichkeit geschaffen werden, die Ortschaften Heinde und Lechstedt an das Stadtbusnetz anzubinden.

Die Verdichtung ist nicht durchführbar, wenn nicht für die seit nunmehr 3 Jahren in Itzum im Straßenverlauf der Rosenallee befindliche provisorische Busendhaltestelle ein dauerhafter Ersatz geschaffen wird. Am derzeitigen Endhaltepunkt ist aufgrund der schmalen Fahrbahn von nur 3 m Breite ein Begegnungs- bzw. ein Überholverkehr der Linienbusse nicht möglich und aufgrund des dort vorhandenen starken Gefälles eine dauerhafte Halteinrichtung insbesondere in den Wintermonaten auch nicht vertretbar.

Die Festsetzungen des Bebauungsplans sollen es nun ermöglichen, den dringend erforderlichen dauerhaften Ersatz für das derzeitige Halteprovisorium zu schaffen. Die dort bestehenden unhaltbaren Zustände bedeuten, daß sich mit Schaffung der geplanten Busendhaltestelle Verbesserungen für die Anwohner sowie für die Fahrgäste und auch für das Fahrpersonal einstellen werden. Dabei kann auch insbesondere die Sicherheit der Fahrgäste und deren Schutz vor Witterungseinflüssen verbessert werden. Auch die Situation der derzeit betroffenen Anwohner der Rosenallee wird durch das Fortfallen von Abgas- und Schallimmissionen verbessert.

Das Straßenbauamt Hildesheim plant eine Radwegeverbindung nach Heinde, um damit das vorhandene Radwegenetz weiter zu vervollständigen. Dieser Planung soll mit Festsetzung der hierfür erforderlichen Flächen im südlichen Teil des Plangebiets entlang der L 499 Rechnung getragen werden.

## **3. Planinhalt**

### **3.1 Verkehrsflächen**

Die Flächen für die Busendhaltestelle werden an der L 499 mit einer direkten Zu- und Abfahrtsmöglichkeit für die Linienbusse festgesetzt. Die geplante Haltestelle besteht aus einer im Einbahnverkehr geführten Wendeanlage mit 2 Haltebuchten, die das Passieren von Bussen ermöglichen sollen. Dabei soll die südliche Haltebucht dem Linienbetrieb in bzw. aus Richtung Stadt vorbehalten werden, um Schwierigkeiten zu vermeiden, die hier beim Einfahren der Busse in Richtung Heinde und Lechstedt in die L 499 aufgrund zu geringer Wenderadien entstehen würden.

Der neue Standort für die Busendhaltestelle entspricht den Vorstellungen der Itzumer Bürger, da er gut erreichbar ist und aufgrund der Platzverhältnisse die Möglichkeit besteht, die sowohl für die Linienbusse als auch für Fußgänger bzw. Fahrgäste erforderlichen Verkehrsflächen ausreichend zu dimensionieren und Einrichtungen, wie eine Unterstellmöglichkeit für Fahrgäste, WC und Aufenthaltsraum für Fahrpersonal sowie Fahrradständer unterzubringen.

Mit der geplanten Herausnahme des Haltestellenbetriebes aus dem öffentlichen Straßenverkehr wird eine Behinderung und potentielle Gefährdung des fließenden Verkehrs künftig vermieden.

Die Vervollständigung der Radwegeverbindung zwischen Itzum und Heinde erfordert es, die hierfür benötigten Flächen in den Festsetzungen des Bebauungsplans zu berücksichtigen. Die Anordnung des Radweges in unmittelbarer Nähe der Bushaltestelle und die geplante Bereitstellung von Fahrradständern im Bereich der Wendeschleife soll auch Anreiz für Bewohner aus Heinde und der näheren Umgebung sein, die bestehenden Buslinien im Sinne eines Bike and Ride zu nutzen.

### **3.2 Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen**

Die drei Ackergrundstücke, die in ihrem südlichen Teil von diesem Bebauungsplan betroffen sind, werden derzeit von einem Landwirt zusammenhängend bewirtschaftet. Für den Fall, daß künftig einmal eine getrennte Bewirtschaftung erwünscht sein sollte, wird im südlichen Teil des Plangebiets eine Unterbrechung des geplanten Grünstreifens von 5 m Breite vorgesehen, um dem betroffenen Landwirt eine separate Zufahrtsmöglichkeit zu der mittleren Ackerfläche einräumen zu können. Anderenfalls wäre hierfür die Schaffung eines zusätzlichen befestigten Wirtschaftsweges zu der Ackerfläche und damit die Versiegelung weiterer Flächen in einem größeren Umfang erforderlich. Unter der gebotenen Rücksichtnahme auf einen vorhandenen erhaltenswerten Straßenbaum wird die geplante Ackerzufahrt leicht schräg auf die Parzellengrenze zugeführt.

Für die beiden äußeren Ackergrundstücke wird an deren Südseite zu den vorhandenen Verkehrsflächen jeweils eine Grabenüberfahrt von 5 m Breite hergestellt. Eine Planfestsetzung ist hierfür nicht erforderlich.

### **3.3 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft**

Der Bebauungsplan bereitet einen Eingriff in Natur und Landschaft vor, bei dem landwirtschaftlich genutzte Flächen durch Versiegelung dem Naturhaushalt entzogen werden. Dieser Eingriff ist aber insbesondere auch deshalb ausgleichbar, da den in Anspruch genommenen bislang aber landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen ein aus ökologischer Sicht relativ geringer Stellenwert zukommt. Innerhalb der für einen ökologischen Ausgleich des Eingriffs bestimmten Flächen beabsichtigt die Stadt Hildesheim, auf einem Flächenstreifen innerhalb der Verkehrsflächen und im Übergangsbereich zur freien Landschaft

mehrreihige Laubstrauch- und je eine einreihige Laubbaumbepflanzung vorzunehmen. Durch die naturnahe Ausgestaltung dieser Grünflächen kann die Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Flächen weitestgehend ausgeglichen und eine Einbindung der Haltestelle einschließlich der geplanten Nebeneinrichtungen (WC und Aufenthaltsraum für Fahrpersonal, Unterstellmöglichkeiten für Fahrgäste) in das Landschaftsbild sichergestellt werden.

Die Querung und damit auch die Verrohrung des an der südlichen Grenze des Plangebiets verlaufenden Entwässerungsgrabens wird begrenzt auf den erforderlichen Zu- bzw. Abfahrtsbereich für die Linienbusse. Ein im Zufahrtsbereich abgängiger Straßenbaum soll in unmittelbarer Nähe ersetzt werden. Im Abfahrtsbereich kann der vorhandene Straßenbaum verpflanzt und damit erhalten werden.

Beim Bau des Radweges wird ein nur etwa 1,80 m breiter Streifen der im südlichen Teil des Plangebiets festgesetzten Verkehrsfläche befestigt. Der übrige Teil bildet einen begrünten Übergangsbereich zum Graben.

Entlang des in westlicher Richtung an das Plangebiet angrenzenden Wirtschaftsweges sollen zum Zweck des ökologischen Ausgleichs Laubbäume in einer Reihe von etwa 600 m Länge angepflanzt werden. Eine entsprechende Planfestsetzung für diese Maßnahme ist aber entbehrlich, da die Stadt Hildesheim selbst Grundstückseigentümerin und Trägerin der Maßnahme zugleich ist.

Ebenso kann auf textliche Festsetzungen zur Art der anzupflanzenden Bäume und zur Ausgestaltung der Flächen für Maßnahmen zur Entwicklung der Landschaft verzichtet werden, da die Stadt Hildesheim die Ausführungsplanung ohnehin in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde durchführt.

## **5. Finanzielle Auswirkungen**

Kosten entstehen der Stadt Hildesheim im Zusammenhang mit der Herstellung der Buswendeanlage einschließlich der Nebeneinrichtungen für die Fahrgäste und das Fahrpersonal sowie mit der Durchführung der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen. Der Bau der Buswendeanlage wird mit Mitteln des Landes gefördert, da diese Maßnahme der Verbesserung des ÖPNV dient.

Die Kosten für die Herstellung des Radweges werden vom Straßenbauamt Hildesheim getragen.

## **6. Bodenordnende Maßnahmen**

Die zur Realisierung der Planung erforderlichen Flächen können durch Grundstücksteilung und Grunderwerb in öffentliches Eigentum überführt werden. Verkaufsbereitschaft ist seitens der derzeitigen Eigentümer grundsätzlich vorhanden.

Der gegenwärtige Stand der Grunderwerbsverhandlungen läßt aber aufgrund überhöhter Kaufpreisforderungen ein Enteignungsverfahren nicht ausschließen.

## 7. Verfahren

Aufstellungsbeschuß (§ 1 Abs. 2 BauGB)	08.03.1993
Unterrichtung und Erörterung (§ 3 Abs. 1 BauGB)	31.03.1993 - 21.04.1993
Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 1 BauGB)	01.11.1993 - 13.12.1993
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	08.02.1994 - 08.03.1994
Eingeschränkte Beteiligung (§ 3 Abs. 3 Satz 2 BauGB)	10.05.1994 - 10.06.1994

Diese Begründung wurde ausgearbeitet vom Stadtplanungsamt der Stadt Hildesheim.

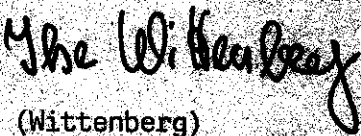
Hildesheim, den 14.06.1994

Im Auftrage

  
(Kulenkampff)

Der Rat der Stadt Hildesheim hat diese Begründung in seiner Sitzung am 11.07.1994 beschlossen.

Hildesheim, den 18.07.1994

  
(Wittenberg)

1. Bürgermeisterin



  
(Dr. Deufel)  
Oberstadtdirektor